

Trierer Staatsanwalt ohne Glück bei der Suche nach unbekanntem U-Boot

Vertrauliche Chat-Protokolle von Mitgliedern der Mainzer Landesregierung sind an die Öffentlichkeit gelangt. Seit über einem Jahr ermittelt deshalb inzwischen die Trierer Staatsanwaltschaft wegen Geheimnisverrats. Mit welchem Erfolg?

VON ROLF SEYDEWITZ

MAINZ/TRIER So geräuschlos ist der Jahrestag eines Ereignisses von zumindest landespolitischer Bedeutung selten über die Bühne gegangen: Seit inzwischen mehr als einem Jahr ist der Leitende Trierer Oberstaatsanwalt Peter Fritzen auf der Suche nach einem U-Boot. Damals bekam Fritzen vom mittlerweile pensionierten Koblenzer Generalstaatsanwalt Jürgen Brauer den

Auftrag, einen bis dato unbekanntem Geheimnisverräter ausfindig zu machen. Hintergrund des Spezialauftrags: Aus den Ermittlungsakten zur jetzt fast zwei Jahre zurückliegenden Flutkatastrophe im Ahrtal mit über 130 Toten waren Auszüge aus geheimen Chat-Protokollen an die Öffentlichkeit gelangt.

Das Besondere daran: Die von mehreren Medien veröffentlichten Chat-Protokolle von Mitgliedern der Mainzer Landesregierung dokumentieren die Ahnungslosigkeit der Politiker über den Ernst der Lage im Ahrtal. Die damalige Landesumweltministerin Anne Spiegel musste wegen ihres Verhaltens bei der Flutkatastrophe später als Bundesfamilienministerin zurücktreten. Und auch Ex-Innenminister Roger Lewentz (SPD) kostete die politische Aufarbeitung der Flutkatastrophe im Untersuchungsausschuss den Job.

Derweil ist immer noch unklar, wer die Chat-Protokolle an die Öffentlichkeit lanciert hat. War es ein

Mitglied des immer noch tagenden Untersuchungsausschusses des Mainzer Landtags? Oder stammen die Infos aus Justizkreisen oder anderen Quellen?

Das herauszufinden, ist die Aufgabe des Leitenden Trierer Oberstaatsanwalts, der sich um den undankbaren Job kaum gerissen haben dürfte. Aber wie schaut's nach einem Jahr Ermittlertätigkeit aus? Kann Peter Fritzen bei der Suche nach dem mysteriösen U-Boot inzwischen wenigstens einen Teilerfolg vermelden?

Komplexe und langwierige Ermittlungen nach Geheimnisverräter im Mainzer Landtag Die Ermittlungen seien komplex und gestalteten sich langwierig, so der Trierer Chef-Ankläger auf Anfrage unserer Redaktion. Der Grund: Eine große Zahl von Personen habe Zugriff auf die Ermittlungsakten gehabt und hätte diese folglich auch weitergeben können. Einen Tatverdacht gegen eine bestimmte Person gebe es bis-

lang nicht. Und wie lange die Ermittlungen noch dauern könnten, lasse sich ebenfalls nur schwer prognostizieren.

Das klingt so, als bestehe durchaus die Möglichkeit, dass der Leitende U-Boot-Fahnder auch am zweiten Jahrestag des Spezialauftrags noch nicht mit einem Erfolg wird aufwarten können. Und dann? Zumindest die Gesetzeslage könnte sich bis dahin zugunsten der sogenannten Whistleblower geändert haben.

Denn die Ampel-Fraktion hat gerade einen neuen Anlauf unternommen, um den Schutz von Hinweisgebern in Deutschland gesetzlich zu verankern. Dies hatte die EU-Kommission angemahnt. Ein ursprünglich von der Bundesregierung eingebrachtes Gesetz war im Februar in der Ländervertretung gescheitert. Womöglich klappt's ja jetzt im zweiten Anlauf. Dann würde es zukünftig womöglich noch etwas schwerer, Geheimnisverräter auch zu bestrafen.



Der Trierer Chef-Staatsanwalt sucht einen unbekanntem Geheimnisverräter.

FOTO: ISTOCK/OLGA SEREDENKO

Missbrauchsvorwürfe in der Eifel: Neue Details

Anfang der Woche sorgte das Bekanntwerden neuer Missbrauchsvorwürfe gegen einen katholischen Priester aus dem Bistum Trier für Schlagzeilen. Jetzt gibt es neue Informationen über den Fall - unter anderem zur Frage nach Konsequenzen.

VON ROLF SEYDEWITZ

TRIER Die möglichen sexuellen Übergriffe eines Eifeler Priesters werden vermutlich keine strafrechtlichen Konsequenzen haben. Nach Angaben eines Sprechers der Koblenzer Staatsanwaltschaft könne es sein, dass das Verfahren wegen Verjährung eingestellt werden müsse - unabhängig von der Frage, ob dem Geistlichen die Taten nachgewiesen werden könnten. Laut Staatsanwaltschaft besteht gegen den inzwischen vom Trierer Bischof beurlaubten Geistlichen der Anfangsverdacht, sich in den Jahren 1992 bis 1994 an einem anfangs 16-jährigen Jugendlichen vergangen zu haben.

Die mutmaßlichen Übergriffe waren dem Bistum nach Angaben einer Sprecherin im Spätherbst 2021 durch eine Ansprechperson für sexuellen Missbrauch bekannt geworden. Dar-

aufhin sei auch die Staatsanwaltschaft informiert worden. Mit der Staatsanwaltschaft sei sich zudem darauf verständigt worden, zu diesem Zeitpunkt keine Maßnahmen zu ergreifen, hieß es auf Anfrage unserer Redaktion.

Die zuständigen Gremien in der Eifeler Pfarrei und die Gläubigen waren erst am vergangenen Freitag und den darauffolgenden Tagen über die Vorwürfe informiert worden. Der Trierer Bischof Stephan Ackermann hatte den Priester zuvor beurlaubt und ihm verboten, Kontakt zu Kindern und Jugendlichen aufzunehmen. Darüber hinaus darf er seinen priesterlichen Dienst vorerst nicht mehr ausüben und er soll sich von seiner Pfarreiengemeinschaft fernhalten.

Eine bereits Ende 2021 eingeleitete kirchenrechtliche Voruntersuchung gegen den Priester werde jetzt fortgeführt, sagte die Bistumssprecherin. Dies deutet auch darauf hin, dass die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen tatsächlich unmittelbar vor der Einstellung stehen. Nach Angaben eines Sprechers der Koblenzer Staatsanwaltschaft wurden in der Sache auch Zeugen vernommen. Weitere Angaben könnten aus Gründen des Persönlichkeitsschutzes aller Beteiligten nicht gemacht werden.

Wie lange die kirchenrechtliche Untersuchung dauert, ist unklar. Mit einem raschen Ergebnis ist aber nach den Erfahrungen der Vergangenheit nicht zu rechnen.

Beunruhigende Entwicklung bei Minderjährigen

BERLIN (dpa) In Deutschland sind 2022 deutlich mehr Straftaten verübt und von der Polizei registriert worden als im Vorjahr (+11,5 Prozent auf bundesweit rund 5,63 Millionen). Besonders stark war der Anstieg 2022 unter anderem bei Taschendiebstahl, Ladendiebstahl, Wohnungseinbrüchen, Wirtschaftskriminalität und bei den Raubdelikten. Dass die Zahl der strafrechtlich relevanten Verstöße gegen das Aufenthaltsrecht, das Asyl- und das EU-Freizügigkeitsgesetz zunahm, dürfte mit dem deutlichen Anstieg der Zahl der unerlaubten Einreisen zusammenhängen.

Bei der Gewaltkriminalität stellt die Polizei sowohl im Vergleich zum Vorjahr als auch im Vergleich zum Vor-Corona-Jahr 2019 eine Zunahme fest. Mit rund 197.000 Fällen gab es den Angaben zufolge 2022 fast 20 Prozent mehr Fälle als im Vorjahr, knapp neun Prozent mehr als 2019.

Anlass zur Besorgnis bietet auch der gestiegene Anteil von Kindern

und Jugendlichen an der Zahl der Tatverdächtigen. Zwar lebten 2022, unter anderem bedingt durch die Aufnahme von Flüchtlingen aus der Ukraine, mehr Minderjährige im Deutschland als im Jahr zuvor. Mit dem Anstieg um 35,5 Prozent auf 93.095 tatverdächtige Kinder wurde das Niveau des noch stark von Corona geprägten Vorjahres deutlich überschritten. Dass der Anteil der minderjährigen Tatverdächtigen bei der „Verbreitung pornografischer Schriften“ mit rund 41 Prozent sehr hoch ist, hängt nach Einschätzung des Bundeskriminalamtes (BKA) damit zusammen, dass Kinder und Jugendliche oft ohne zu wissen, dass dies strafbar ist, in Gruppenchats bei Whatsapp, Instagram, Snapchat oder auf anderen Kanälen unangemessene Bilder teilen. 2021 war das Gesetz gegen sogenannte Kinderpornografie verschärft worden.

Produktion dieser Seite:
Heribert Waschbüsch

POLSTERTAGE BEI MÖBEL EHRMANN

IN TRIER-ZEWEN

1.299,-
inkl. Lieferung



25%
AUF AUCH IM
MÖBEL
TRENDHAUS

GRATIS
LIEFERUNG

800 ARTIKEL
SOFORT
VERFÜGBAR

Sofa Bezug Stoff Free Sage, ca. 178x84x92 cm, 2-Sitzer mit Armlehne links und rechts inklusive Rückenlehne, Armlehnefunktion und Drehsitzfunktion beidseitig 81550001 X0 1+2) Bei Einsatz einer neuen oder bestehenden Ehrmann Vorteilskarte. Nicht kombinierbar mit anderen Aktionen. Nicht gültig für bereits reduzierte Ware und Aktionspreise. 1) Gültig bis 04.04.2023.

EHRMANN

einfach schöner wohnen

Anzeige